

**An den Bürgermeister
und die Fraktionen
im Rat der Stadt Geseke**

Per Mail

Geplante Grundsteuer-Erhöpfung 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund der Steuerzahler NRW e.V. hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Öffentlichkeit über finanzpolitische Zusammenhänge zu informieren und der Politik Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens zu unterbreiten. **Die Planung des Rates in Geseke zur Erhöhung der Grundsteuern nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis. Insbesondere der geplante Anstieg der Grundsteuer B auf 590 v. H. im Jahr 2024 führt zu einer hohen Belastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft. Deshalb appellieren wir an alle Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat, die geplante Erhöhung abzulehnen.**

Die steuer- und finanzpolitischen Haushaltsprobleme, die durch die Pandemie und den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelöst wurden, sind nicht zu verkennen. Die Aufgabenlast und die Herausforderungen, vor denen alle Kommunen stehen, sind aktuell enorm. **Auch die aktuellen Anstrengungen der Verwaltung und des Rates, Einsparungen vorzunehmen, müssen anerkannt werden.** Nichtsdestotrotz würde eine derartige Erhöhung zu einer starken Mehrbelastung aller Menschen und Betriebe vor Ort führen.

Die Lösung darf jetzt aber nicht allein auf der Erhöhung der Grundsteuern fußen. Wir regen an, auf der Ausgabenseite nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Steuererhöhungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Bereits identifizierte Einsparmöglichkeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

Bei einem solchen, langfristigen Prozess der Konsolidierung empfehlen wir ebenso, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Dadurch können die Probleme kommuniziert und gemeinsam angegangen werden. Beispiele dafür sind Beteiligungsformate, in denen die Bürgerinnen und Bürger Einsparpotentiale vorschlagen und bewerten können, oder auch der sogenannte Bürgerhaushalt. Offene Ehrlichkeit seitens Verwaltung und Politik tragen zu einer breiteren Akzeptanz der Bürgerschaft bei.

Das oberste Gebot einer an den Wünschen der Bürgerschaft und lokalen Wirtschaft orientierten Finanzpolitik sollte also gerade zum jetzigen Zeitpunkt die **Vermeidung von Steuererhöhungen** sein. Privathaushalte und Unternehmen leiden unter den einschneidenden Folgen der ungewöhnlich hohen Inflation. Manche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie örtlich ansässige Unternehmen stehen vor **existenziellen Problemen**.

Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Grundsteuern ein wichtiger **Standortfaktor** sind, und zwar nicht nur für die Menschen, die in der Gemeinde wohnen, sondern auch für das örtliche Gewerbe. Mit der zusätzlichen geplanten Erhöhung der Gewerbesteuer sollen die Unternehmen gleich zweifach mehr belastet werden. Unternehmen, die einen neuen Standort suchen, die in der Gründung oder bereits ansässig sind, orientieren sich an den örtlichen Abgaben, also an der Gewerbesteuer- und Grundsteuerbelastung. Hier gilt: Weniger ist mehr!

Der BdSt NRW appelliert daher an die Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat:

- Setzen Sie die vorliegenden Einsparvorschläge konsequent um.
- Identifizieren Sie weitere Konsolidierungsmöglichkeiten und setzen diese um.

- Passen Sie die Hebesätze nur nach dem Prinzip der *ultima ratio* an und senken diese sofort, wenn sich die Situation verbessert.
- Zu jeder Zeit sollten alle Bürgerinnen und Bürger bei der unumgänglichen Etatsanierung vollumfassend und vorab informiert werden.
- Bei allen Investitionsvorhaben sind Prioritäten zu setzen und die Wirtschaftlichkeit sollte im Vordergrund stehen. Neue Investitionen sind auf das Notwendige zu beschränken. Rat und Öffentlichkeit sind laufend über kalkulierte Preissteigerungen zu informieren.

Alle Einsparmöglichkeiten sind ohne Ausnahmen schnell und konsequent zu suchen und umzusetzen. Hilfestellung beim Sparen bietet der „Kommunalkompass“ des Bundes der Steuerzahler, der im Internet kostenlos unter [„steuerzahler.de/kommunalkompass/“](http://steuerzahler.de/kommunalkompass/) zur Verfügung steht.

Wir weisen abschließend darauf hin, dass wir diesen Appell allen Ratsfraktionen, dem Bürgermeister sowie den Medien zur Verfügung gestellt haben.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Joscha Slowik
Referent für Haushalts- und Finanzpolitik